



Arbeiten für ein Europa, das schützt und nützt



DR. ANGELIKA NIEBLER, MdB

Rund 375 Millionen wahlberechtigte Europäer entscheiden am 7. Juni dieses Jahres über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments. Mit dieser Wahl werden zugleich die Weichen gestellt, unter welchen politischen Vorzeichen bestimmte europäische Grundsatzentscheidungen in den kommenden Jahren getroffen werden. So wird es beispielsweise darum gehen, ob weitere EU-Beitrittskandidaten eine Vollmitgliedschaft erhalten sollen.

Mehr denn je ist das Europäische Parlament, das sich über die vergangenen drei Jahrzehnte mühsam Mitsprache- und Mitgestaltungsrechte erkämpft, jetzt der Sitz der Volksvertreter. Wie keine andere europäische Institution kann es auf seine demokratische Legitimation verweisen.

EUROPAABGEORDNETE STEHEN VOR ORT FÜR EUROPA

Die meisten der gegenwärtig 785 Parlamentarier leben in ihrer Heimatregion. Sie sind somit inmitten der Menschen, denen sie sich zur Wahl stellen und für deren Belange sie sich in Straßburg einsetzen. Sie stehen Rede

und Antwort für die Entscheidungen, die im Namen der EU getroffen werden. Für ihre Gesprächspartner sind sie die europäische Stimme, die vor Ort vernehmbar ist. Das ist gut und wichtig, denn Europa muss erlebbar und greifbar sein.

Wichtig ist aber auch, dass kritische Anmerkungen, Sorgen und Einwände Gehör finden. Die Menschen müssen wissen, dass ihre Anliegen ernst genommen werden und bei der Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene nicht untergehen. Und darum geht es bei der Arbeit der Europaabgeordneten: Sie ringen um Lösungen, die möglichst bürgernah und unbürokratisch sein sollen. Angesichts von 27 Mitgliedsstaaten und eines Entscheidungsprozesses, an dem neben der Europäischen Kommission auch die Regierungen der 27 Mitgliedsstaaten beteiligt sind, ist dies ein Unterfangen, das nicht immer zu dem Ergebnis führt, das sich der einzelne Bürger, eine bestimmte Industriebranche, einzelne Gesellschaftsgruppen oder auch Regierungen wünschen. So gelingt es den CSU-Europaabgeordneten dann auch nicht immer, bei einem Stimmenverhältnis von 9 zu den restlichen 776 Abgeordneten eine lupenrein bayerische Entscheidungsvariante durchzusetzen! Vielfach stehen am Ende von Verhandlungen Kompromisse. Sie sind nicht immer gleichermaßen zufriedenstellend, aber doch immer das Ergebnis eines parlamentarischen und damit demokratischen Prozesses!

KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK BLEIBT EIN ZENTRALES THEMA FÜR DIE EU

Kompromiss ist und bleibt ein wichtiges Wort in der Sprache der Europäischen Union. Dennoch wäre der Rückschluss unzutreffend, dass nicht mit allem Engagement um die Durchsetzung eigener Ziele und Überzeugungen gerungen würde. Jüngstes Beispiel ist die Einigung über den CO₂-Ausstoß bei Pkw – am Ende auch ein Kompromiss, aber einer, mit dem vor allem unsere heimische Autoindustrie gut leben kann.

Die beschlossene EU-Verordnung ist Bestandteil eines umfangreichen Pakets zur Klima- und Energiepolitik, die uns auch in der nächsten Wahlperiode umfassend beschäftigen wird. Hier werden die bereits erwähnten Weichenstellungen vorgenommen. Es gilt, das Ziel einer bezahlbaren, sicheren und umweltverträglichen Energieversorgung auszutarieren mit dem engagierten Eintreten für den Klimaschutz. Die EU soll und will hier mit strengen selbstaufgelegten Grenzwerten Vorreiter sein. So sollen 20 Prozent mehr erneuerbare Energien, 20 Prozent weniger CO₂-Ausstoß und 20 Prozent mehr Energieeffizienz erreicht werden. Dazu sind neue Regelungen wie die CO₂-Reduktion bei Pkw erforderlich.

In den langen wie zähen Verhandlungen mit dem Europäischen Rat und der Europäischen Kommission ist es den Vertretern des Europäischen Parlaments gelungen, hier zu einem Ergebnis zu kommen, das einer verantwortungsvollen Klimapolitik mit ambitionierten Zielen Rechnung trägt.

NEUE CO₂-GRENZWERTE FÜR AUTOINDUSTRIE MACHBAR

Dies lässt sich für nahezu alle Aspekte der neuen Verordnung darlegen: Zielwert ist ein maximaler CO₂-Ausstoß im Schnitt von 120 Gramm pro Kilometer. Allerdings soll der neue Wert zeitlich gestaffelt eingeführt werden. Bis 2012 müssen ihn zunächst erst 65% der in der EU zugelassenen Neuwagen einhalten. Bis 2013 müssen es 75 Prozent, im Jahr darauf sollen es 80 Prozent sein. Erst ab 2015 darf die gesamte europäische Neuwagenflotte den maximalen Grenzwert von 120 Gramm CO₂-Emissionen pro Kilometer nicht überschreiten. Durch dieses so genannte „Phasing-in“ wird der Industrie ein weitreichendes, aber berechtigtes Entgegenkommen signalisiert, um die vereinbarten Reduktionsziele zu erreichen.

Darüber hinaus ist ein echter Innovationsschub zu erwarten: Denn auf den genannten >>>

>>> Zielwert von 120 Gramm CO₂ pro Kilometer werden 5 Gramm für technologische Fortentwicklungen wie Leichtrollreifen, Klimaanlage, Schaltindikatoren und Reifendrucksysteme und weitere 5 Gramm für den Einsatz von Biokraftstoffen angerechnet. Außerdem kommen sogenannte „Öko-Innovationen“ wie Solardächer, die Klima- oder Stereoanlagen mit Strom versorgen, energieeffiziente LED-Beleuchtungsanlagen und die Nutzung von Abwärme des Motorenblocks zu den Öko-Innovationen mit weiteren sieben Gramm in Anrechnung.

Gerade hier dürften die deutschen Automobilhersteller und ihre Zulieferer punkten und mit ihrem Know-how die technologische Spitzenposition am Markt verteidigen. Der Verhandlungserfolg bei dieser Verordnung liegt vor allem darin, dass unsere heimische Schlüsselindustrie mit den vereinbarten Regelungen (über-)leben und ihre Wettbewerbsfähigkeit bewahren kann.

EUROPÄISCHE ENERGIESTRATEGIE IST NOTWENDIG

Die Notwendigkeit, erneuerbare Energien auszubauen sowie die Maßnahmen zur Energieeffizienz zu steigern, ergibt sich aber nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes. Auch die steigende Energieabhängigkeit Europas macht diese Schritte als Bestandteil einer Energiestrategie notwendig.

Spätestens mit dem jüngsten Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine ist deutlich

geworden, in welcher dramatischer Abhängigkeit sich Europa hier gegenwärtig befindet. Allein in Deutschland wäre nach Angaben von E.ON Ruhrgas und der Verbundnetz Gas AG bei weiterhin ausbleibenden Lieferungen fast jeder zweite Haushalt betroffen. 20 Millionen deutsche Haushalte hängen mit ihren Heizungen sowie Teilen der Stromversorgung am Gas oder beziehen Fernwärme. Die EU importiert 42 Prozent ihres Gases aus Russland, 80 Prozent davon fließen durch die Ukraine. Deutschland selbst ist zu 43 Prozent von Gasimporten aus Russland abhängig.

Unabhängig von der Frage, wer die Schuld an der Eskalation trägt, müssen gerade die Intransparenz und die geringen Einflussmöglichkeiten der EU alarmieren. Diese Krise wirft ein deutliches Schlaglicht auf die Notwendigkeit einer europäischen Energiepolitik: Erstens müssen die europäischen Bezugsquellen so weit wie möglich diversifiziert werden, um die Abhängigkeit von nur einem Lieferanten, dem russischen Monopolisten Gazprom, zu begrenzen. Gleichzeitig brauchen wir mehr Energieversorgungssolidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Ziel muss sein, einander so zu vernetzen, dass künftig niemand von außerhalb isoliert oder boykottiert werden kann oder aus anderen Gründen plötzlich kurzfristig ohne Energieversorgung dasteht. Die wichtigsten Schritte zur langfristigen Lösung des Problems sind im EU-Aktionsplan zur Energieversorgungssicherheit und -solidarität zusammengefasst.

Zugleich tritt das Erfordernis eines ausgewogenen europäischen Energiemix' zu Tage und damit verbunden die Frage, welche Bedeutung in Zukunft der Kernenergie, auch der deutschen zukommen wird.

EUROPA, DAS SCHÜTZT UND NÜTZT

Alle genannten Maßnahmen wie auch das Vorgehen des vereinten Europas im Angesicht der Finanz- und aufziehenden Wirtschaftskrise belegen die Entschlossenheit der Europäischen Union, ihrer Bedeutung und Verantwortung in der internationalen Staatengemeinschaft gerecht zu werden und dabei vor allem die Belange ihrer Mitgliedsstaaten zu gestalten. Dazu leistet auch das Europäische Parlament seinen maßgeblichen Beitrag.

Bei aller Kritik an einzelnen Entscheidungen erweist sich die EU nach innen und außen bei dieser gegenwärtigen weltweiten Bewährungsprobe als stark und verlässlich, als „Europa, das schützt und nützt“ Schutz und hilfreiche Unterstützung dürfen jedoch nicht verwechselt werden mit einem Dirigismus und staatlicher Lenkung, die Eigeninitiative lähmen oder gar ersticken.



DR. ANGELIKA NIEBLER, MDEP
Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Energie und Forschung

Editorial

In diesen Wochen kommt man sich manchmal wie ein wirtschaftspolitischer Geisterfahrer vor. Wo gerade noch der neuverschuldungsfreie Haushalt und ein sparsamer Umgang mit den Millionen des Steuerzahlers angesagt waren, befinden wir uns mitten auf der Gegenfahrbahn. Die Schleusen sind geöffnet, immer neue staatliche Programme werden gefordert und die Milliarde scheint die kleinste noch ernst zu nehmende Währungseinheit zu sein. Aber natürlich: die Symptome und Folgewirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise nehmen weiter zu. Fast jeder Tag bringt neue Hiobsbotschaften. Zu Recht ist der Staat gefordert, weil allein er handlungsfähig ist – mit Schutzschirmen für Banken, Auffangmaßnahmen für Unternehmen und Konjunkturprogrammen, die nicht nur Strohfeuer bringen sollen. Aber die breite Zustimmung zum „Retter Staat“ ist nicht ungefährlich. Sie lässt ordnungspolitisch giftige Sumpfbüten treiben wie etwa Forderungen

aus Nordrhein-Westfalen, wankende Unternehmen generell durch direkte Staatsbeteiligungen wieder aufzurichten. Zum Glück sind solche Rezepte bisher auf spektakuläre Einzelfälle im Bankenbereich beschränkt geblieben. Die Koalition in Berlin hat neben ihren Schutzschirmen zwei große Konjunkturprogramme auf den Weg gebracht. Einzelne Maßnahmen werden zu Recht mit Fragezeichen versehen. Aber auch berechtigte Kritik an Einzelheiten darf die psychologische Schubwirkung der Gesamtinitiative nicht zereden. Denn insgesamt gehen die Maßnahmen in eine richtige Richtung: Sicherung von Arbeitsplätzen durch eine Verstärkung öffentlicher Investitionen und den Ausbau von Forschung und Entwicklung, Stärkung der Konsumnachfrage durch Steuersenkungen und Entlastung bei den Abgaben. Zu bemängeln ist nur, dass die Maßnahmen nicht weit genug greifen. Daher sollten in diesen Tagen noch alle Chancen ausgelotet und genutzt werden, die geplanten Maßnahmen und vor allem die Entlastungen zu erweitern, wirksamer auszugestalten, sinnvoll zu ergänzen und für eine

zügige Umsetzung im Verwaltungsvollzug zu sorgen. Der Wirtschaftsbeirat führt dazu Gespräche, etwa mit dem Bayerischen Finanzminister. Darüberhinaus muss alles getan werden, um die Erwartungen der Unternehmen und die Stimmungslage der Wirtschaft zu stabilisieren. Dazu gehört eine realistische Bewertung der Wirtschaftslage. Neben den akuten Krisenherden, über die täglich in den Medien berichtet wird, gibt es große Bereiche gerade der bayerischen Wirtschaft, die stabil sind und trotz aller Finanz- und Konjunkturprobleme durchaus gute Jahresperspektiven haben. Hinzukommen muss aber auch der klare Wille, den expansiven Kurs der Staatsverschuldung so bald wie möglich wieder zu verlassen und durch eine überzeugende Schuldenbremse und klare Rückführungsregelungen für die aufgenommenen Milliarden eine verlässliche marktwirtschaftliche Perspektive zu erhalten.

Ihr
ANDREAS MÜLLER-ARMACK
Generalsekretär

Jahresbericht 2008 des Bezirks Inn-Salzach



DR. WILLI KLEINE

Das Jahr 2008 stand für den Bezirk Inn-Salzach im Zeichen einer ganzen Reihe von hoch interessanten Veranstaltungen und aktuellen Themen.

So war im Mai das Schlagwort „Energieversorgung“ Kernpunkt einer gut besuchten Vortragsveranstaltung. Dr. Angelika Niebler, Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie, stellte verschiedene Aspekte wie Versorgungssicherheit, Energieeffizienz oder Energieinfrastruktur im europäischen Kontext dar. Die lebhafteste Diskussion unter den Teilnehmern machte deutlich, welche große Bedeutung der Energieversorgung in Konzernen wie auch im Mittelstand zugemessen wird. Dabei wurde auch der Ausstieg aus der Kernenergie als sehr problematisch betrachtet, da keine adäquaten alternativen Möglichkeiten der Energieerzeugung zur Verfügung stehen.

Höhepunkt des Jahres war der Sommerempfang des Wirtschaftsbeirats, der 2008 wieder in Burghausen statt fand. Unter dem Motto „Österreich und Bayern – Hand in Hand in der Mitte Europas“ luden die Bezirksgruppen Traunstein-Berchtesgadener Land, Passau und Inn-Salzach bereits zum vierten Mal gemeinsam zu dieser Veranstaltung. Etwa 250 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verbänden trafen sich an einem herrlichen Sommerabend in wunderschöner Ambiente der Burg zu Burghausen. Georg Fahrenschon, damals noch Staatssekretär im Finanzministerium und mittlerweile an die Spitze des Ministeriums aufgerückt, war kurzfristig als Referent der Staatsregierung eingesprungen und ging in seinen äußerst fundierten Ausführungen speziell auf den Aspekt der länderübergreifenden Mobilität ein. Von wissenschaftlicher Seite her

näherte sich Professor Dr. Georg Hauger, Vorstand des Instituts für Verkehrssystemplanung der Technischen Universität Wien, dem Thema. Dabei verstand er es hervorragend, seine analytisch aufgebauten Thesen für das Publikum sehr kurzweilig zu verpacken.

Hochaktuell befasste sich die Bezirksgruppe Ende September mit den Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise. Jakob Graf von Waldburg-Wolfegg von der Schweizer Privatbank Sal. Oppenheim konnte hierzu spannende Einblicke in die komplizierte Welt der internationalen Hochfinanz mit ihren weltweiten Netzwerken geben. Auch wenn er kein Patentrezept zur Lösung der Krise anbieten konnte so war er doch in der Lage, das Verständnis für die Entwicklung und die Dynamik auf den Finanzmärkten ausgehend vom Sub-Prime-Segment darzustellen.

Das Thema „Verkehrsinfrastruktur“ schließlich stand im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung Ende des Jahres. Günther Knoblauch, Bürgermeister von Mühldorf und Vorsitzender des Vereins „Ja zur A94“, gab einen aktuellen Überblick über diesen für das gesamte Bayerische Chemiedreieck so wichtigen Bereich und konnte über einige positive Tendenzen berichten.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurden auch die Schwerpunktthemen für 2009 festgelegt. So wird Graf von Waldburg-Wolfegg in einer Folgeveranstaltung erneut über die Finanzkrise und ihre weitere Entwicklung sowie konkrete Auswirkungen referieren. Auch Finanzminister Georg Fahrenschon hat bereits zugesagt, in diesem Jahr wieder in die Region zu kommen und die Einschätzung und Position der Bayerischen Staatsregierung in diesem immens wichtigen Spannungsfeld darzustellen.

Zentrales Thema neben der Finanz- und Wirtschaftskrise ist in der Region Inn-Salzach je-

doch nach wie vor die Verkehrsinfrastruktur. Der Raum Südost-Oberbayern ist hier jahrelang, ja sogar jahrzehntelang, vernachlässigt worden. Jetzt gibt es aber seit Ende 2008 aktuelle Entwicklungen, die doch Anlass zu einem gewissen Optimismus geben:

- Die Ethylenpipeline Süd, die das Chemiedreieck aus seiner isolierten Lage bei der Ethylenversorgung befreien und mit der Region um Ludwigshafen verbinden wird, befindet sich im Bau – auch wenn es in Baden-Württemberg noch zu Verzögerungen kommt.
- Entscheidende Abschnitte der A94 sind nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtshofs in Leipzig juristisch endgültig geklärt. Auch die Finanzierung scheint gesichert, so dass eine durchgehende Fertigstellung dieser für die ganze Region so wichtigen Autobahn zwischen München und Markt in greifbare Nähe rückt.
- Und auch beim Ausbau der Bahn gibt es Bewegung – die Finanzmittel für die Planung des zweigleisigen Ausbaus des strategischen Streckenabschnitts zwischen Mühldorf und Tüßling werden bereit gestellt. Ebenso ist ein öffentliches Umschlagterminal für den kombinierten Verkehr in Burghausen nach positivem Abschluss des Raumordnungsverfahrens auf einem guten Weg.

Das konjunkturelle Umfeld hat sich in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise auch in der Region Inn-Salzach massiv verschlechtert. Umso wichtiger ist es daher, dass jetzt Bewegung in die großen Defizite bei der Verkehrsinfrastruktur kommt und die Rahmenbedingungen signifikant verbessert werden.

DR. WILLI KLEINE
Vorsitzender des Bezirks Inn-Salzach

Qualität in Stahl

Unsere Leistungen:

- » Stahlkonstruktionen inklusive Dach und Wand
- » Ausführung von Schlosserarbeiten
- » Reparaturservice im Metallbereich

Unsere Kunden (Auszug):

- » BMW » Meiller » Kellerer
- » Tenovis » Bosch u. v. m.

weber service
gmbh

Preußenstraße 6
80809 München
Telefon 089 357482-0
Telefax 089 357482-19
www.weber-service-gmbh.de

© WETTLICH

Aktivitäten der Jungen Unternehmer



ALEXANDER LERCH

Mit neuer personeller Besetzung im Vorstand haben sich die Jungen Unternehmer auch im Jahr 2008 als Nachwuchsorganisation des Wirtschaftsbeirates intensiv mit politischen und unternehmerischen Themen auseinandergesetzt. Unser Ziel, jungen Unternehmern, Selbständigen und leitenden Angestellten eine Plattform zu bieten, um den Dialog mit der Politik zu ermöglichen, konnten wir dabei im Rahmen interessanter Veranstaltungen verwirklichen.

So begann das Jahr 2008 mit der Auftaktveranstaltung „Mit Politikern im Dialog – Werkstattbesuch im Bundestag“ unter der Schirmherrschaft von MdB Dr. Peter Ramsauer. Ein Team ausgewählter Junger Unternehmer begleitete dabei über zwei Tage hinweg Bundestagsabgeordnete im Alltag und konnte einen Einblick in die Praxis erhalten sowie ausgiebige Gespräche mit den Abgeordneten führen. Auf Grund des positiven Echos auf beiden Seiten werden wir diese Veranstaltung auch in 2009 anbieten und durch einen Besuch des Europaparlaments in Brüssel ergänzen.

Ein Höhepunkt unserer politischen Dialoge war das Gespräch zum Steuerkonzept der CSU mit dem heutigen Bayerischen Staatsminister für Finanzen, Georg Fahrenschon, im Juni des letzten Jahres. In lockerer Atmosphäre konnten unsere Mitglieder aus erster Hand erfahren, welche Ideen die bayerische Staatsregierung verfolgt, und darüber diskutieren.

Wann immer möglich haben wir versucht, uns aktuellen wirtschaftlichen und politischen Themen zu widmen und uns für unsere Überzeugungen einzusetzen. So fand im Februar eine Podiumsdiskussion mit Staatsministerin Emilia Müller, TU-Präsident Professor Dr. Dr. Wolfgang Herrmann und Flughafenchef Dr. Micha-

el Kerkloh statt, um uns für den Einsatz des Transrapid stark zu machen. Leider konnten die diversen Aktionen des Wirtschaftsbeirats und seiner Mitglieder die negativen Entwicklungen zu diesem Thema nicht aufhalten.

2008 haben wir uns auch mit dem brisanten Thema „Klimawandel und Strompreis“ im Rahmen eines Kamingsgesprächs mit dem Dr. Otmar Bernhard, MdL und damaliger Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, auseinandergesetzt.

Die Themen waren wie jedes Jahr breit gestreut. Neben privatwirtschaftlichen Themen wie bspw. der Besuch der BMW Welt fanden wir selbstverständlich auch genug Zeit und Anlässe, um in gemütlicher Umgebung den Netzwerkgedanken des Wirtschaftsbeirats zu pflegen. Wie jedes Jahr werden wir daher auch in 2009 unser legendäres Skiwochenende und unseren Wiesbesuch organisieren.

Für das neue Jahr wollen wir unsere Gespräche mit der Politik noch weiter intensivieren. Die neue Regierungssituation in Bayern werden die Jungen Unternehmer zum Anlass nehmen, um sich mit den wirtschaftspolitischen Ansätzen aller in der Landesregierung vertretenen Parteien auseinander zu setzen. Und wie schon erwähnt, möchten wir natürlich auch gerade im Wahljahr 2009 unsere Veranstaltungen auf die Bundes- und Europapolitik ausrichten.

Genauso wichtig empfinden wir aber auch die Konzentration auf uns, den Wirtschaftsbeirat, selbst. So setzen sich die Jungen Unternehmer aktuell damit auseinander, wie der Wirtschaftsbeirat seine interne Kommunikation, vor allem unter Ausnutzung neuer Kommunikationsmedien, weiter optimieren könnte und so seine Ziele, Informationen und Aktivitäten schneller und effektiver transportieren kann. Wir sind der Meinung, dass im Zeitalter der Informationsüberflutung neue Wege gefunden werden müssen, um Mitglieder und potentielle Neumitglieder zu erreichen und den Mehrwert einer so wichtigen Organisation wie dem Wirtschaftsbeirat Bayern zu kommunizieren.

Das Jahr 2009 verspricht ein spannendes Jahr zu werden. Ich freue mich darauf, mit meinen Vorstandskollegen Birgit Langenmayer und Maximilian Falthäuser sowie mit den Mitgliedern des erweiterten Vorstands und mit Unterstützung der Geschäftsstelle des Wirtschaftsbeirates interessante Themen aufzugreifen und uns wo immer möglich aktiv mit Vertretern der Politik auszutauschen.

ALEXANDER LERCH
Vorstandsmitglied Junge Unternehmer

Terminvorschau

München 2. Februar	Ausschuss für Verkehrs- politik
Bad Kissingen 12. Februar	Bezirk Rhön/Saale
München 12. Februar	Ausschuss für Wirt- schaftspolitik
München 13. Februar	Arbeitskreis Kirchen
Kitzbühl 13.-14. Februar	Junge Unternehmer
München 17. Februar	Bezirk München
Brüssel 17.-18. Februar	Junge Unternehmer
München 18. Februar	Bezirk München
München 09. März	Ausschuss für Ernäh- rungs- und Agrarpolitik
München 17. März	Ausschuss für Umwelt- politik
München 20. März	Ausschuss für Tourismus
München 25. März	Ausschuss für Medien- politik
München 01. April	Ausschuss für Energie- politik
Waging a. See 28. April	Bezirk Berchtesgadener- Land / Traunstein
München 28. April	Ausschuss für Steuer- und Finanzpolitik
Schliersee 27. Mai	Ausschuss für Tourismus
Frauenchiemsee 19. Juni	Bezirk Berchtesgadener- Land / Traunstein
München 23. Juni	Ausschuss für Medien- politik
München 06. Juli	Ausschuss für Medien- politik
München 16. Juli	Bayerischer Wirtschaftstag

Impressum

HERAUSGEBER: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München
Tel. 089 2422860, Fax: 089 291518
PRODUKTION/ANZEIGEN: Weltbuch Verlag,
verlag@weltbuch.com, www.weltbuch.com
Mediadaten für Ihre Anzeige(n) unter:
www.wbu.de, Rubrik Mitglieder